

# Konzepte für eine zukunftsfähige Bildung – der Zugang zu Bildung ist die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts

20. Oktober 2006

Astrid Rothe-Beinlich, Landessprecherin von

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beim Wirtschaftsrat der CDU Thüringen

Gute Bildung ist die Voraussetzung für **Teilhabe**, **gesellschaftlichen Wohlstand** und eigenverantwortliche **Lebensgestaltung**. Auf Bildung kommt es an – für jeden individuell und für die Gesellschaft als Ganzes.

Lernen ist nicht auf einen Lebensabschnitt beschränkt, sondern ist eine **Lebensaufgabe**. Bildung ist heute mehr als das Erlernen von Fakten und Wissen. Sie muss **Schlüsselqualifikationen** vermitteln: soziale Kompetenz, selbständiges Denken und Handeln, Kreativität und Kommunikationsfähigkeit.

Gegenwärtig zementiert unser Bildungssystem **Chancenungleichheit** und fördert junge Menschen nicht ausreichend. Das wollen wir ändern – denn unsere Gesellschaft kann – auch und gerade angesichts des demografischen Wandels auf keinen Menschen **verzichten**.

Grüne Bildungspolitik geht davon aus, dass jeder Mensch Begabungen mitbringt. Wir brauchen Bildungseinrichtungen, die diese Talente **wertschätzen** und unsere Kinder dabei **unterstützen**, ihre Begabungen und Interessen zu **entfalten**.

Doch wie müssen Kindergärten, Schulen, wie müssen Unterricht, Studium, Ausbildung und Weiterbildung sich verändern, um dieses Ziel zu erreichen?

Alle Kinder gleichermaßen haben das Recht auf individuelle Förderung von Anfang an - und das unabhängig vom Status der Eltern.

## Schul- und Vorschulpolitik

Die Anforderungen an unsere Schulen haben sich erheblich verändert. Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen als Einzelkinder auf, immer häufiger lösen Alleinerziehende oder sogenannte Patchworkfamilien die traditionelle Familie ab. Auch ist **Deutschland ein Einwanderungsland** geworden, lange Zeit ohne die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen zu haben. Es ist aber nicht allein die fehlende Integrationspolitik, die Deutschland in der internationalen Vergleichsstudie PISA auf einen der letzten Plätze in der Schulpolitik hat abfallen lassen. Der Befund, wonach unser Land nicht nur eine große Gruppe von **SchülerInnen mit übergroßen Lernschwächen**, sondern auch eine **außerordentlich schmale Leistungsspitze** aufweist, stellt dem deutschen Schulsystem insgesamt ein schlechtes Zeugnis aus.

Die **Grundidee unseres Schulsystems**, möglichst **homogene Lerngruppen** zu schaffen und die Kinder zu diesem Zweck frühzeitig in verschiedene Schulformen einzuteilen, ist im internationalen Vergleich gescheitert. Neben Deutschland praktizieren nur noch Österreich und einige Kantone der Schweiz eine vergleichbar antiquierte Lernorganisation. Die Jugendlichen in Staaten mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit haben bei PISA u.a. internationalen Vergleichstests wesentlich besser abgeschnitten, denn andernorts werden die **SchülerInnen**

**individuell gefördert, statt sie zu sortieren.** Davon profitieren sowohl die benachteiligten als auch die leistungsstärkeren Kinder. Deshalb machen sich **Bündnis 90/Die Grünen Thüringen** für eine **Verfassungsänderung** stark, die den Vorrang der Dreigliedrigkeit des Schulsystems beendet.

Es bedarf einer **grundsätzlichen Veränderung der Lernkultur.** Sozialem Lernen kommt dabei eine mindestens ebenso wichtige Rolle zu wie der Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten. Beides muss schon im Vorschulbereich beginnen und auf ein lebensbegleitendes Lernen ausgerichtet sein

### **Kindergärten aufwerten**

Wir wollen die **Kindergärten, als erste Säule im Bildungssystem** weiter aufwerten, denn Kinder sind neugierig, und auch in den Kindergärten geht es schon um Bildung. Wir wollen diese Neugier sehr viel stärker nutzen und bereits die **Kleinsten bestmöglich fördern.** Besondere Bedeutung hat dabei die **Unterstützung von benachteiligten Kindern.** Vor allem die **Förderung der Sprache** spielt eine herausragende Rolle, benötigt doch mittlerweile jedes fünfte Kind in der Grundschule logopädische Hilfe. Ebenso muss die **Integration behinderter Kinder** in Kindergärten weiter ausgebaut werden. Mit der „Familienoffensive“ erweist die Thüringer Landesregierung Eltern wie Kindern einen Bärendienst. Gerade Kinder aus bildungsferneren Schichten wird damit der möglichst frühe Zugang zu Bildung verwehrt, indem das Zuhausebleiben der Eltern prämiert wird. Die zusätzlich nötige Förderung behinderter Kinder in Regeleinrichtungen wird massiv erschwert.

Unser Ziel ist es, **langfristig** allen Eltern **beitragsfreie Kindergartenplätze** für ihren Nachwuchs zur Verfügung zu stellen. In einem ersten Schritt wollen wir ein kostenfreies "Bildungsjahr" im Kindergarten durchsetzen.. Damit die Kindergärten den steigenden Anforderungen gerecht werden, ist die **Ausbildung der Erzieher/innen** zu verbessern und auf Fachhochschulniveau anzuheben.

### **Eltern und ErzieherInnen teilen Verantwortung**

Frühkindliche Pädagogik gelingt nur im **Zusammenspiel von Eltern und Gesellschaft.** Die Verantwortung für die Entwicklung der Kinder tragen alle gemeinsam.

Deshalb setzen wir uns für unterstützende Angebote und Institutionen zur „Elternbildung“ ein. Solche Anlaufstellen helfen durch ihre Bildungsempfehlungen und Beratungsmöglichkeiten Rat suchenden Müttern und Vätern bei den ersten Startschwierigkeiten als Familie ebenso wie in allen Fragen des täglichen Zusammenlebens. Sie bieten Eltern Orientierung, denn auch Eltern-Sein will gelernt sein. **Starke Kinder brauchen starke Eltern.**

### **Schulpolitik im grünen Bereich**

Grüne Schulpolitik erteilt der bürokratischen Praxis der Kultusbehörden und althergebrachten Unterrichtsformen eine klare Absage. Der 45-Minuten-Rhythmus, zu enge Stundentafeln, die oft künstliche Fächertrennung und nicht zuletzt der weitgehend zentral vorgegebene Finanzrahmen der Schulen – das alles steht einer Übernahme reformerischer Ansätze im Wege. Wir wollen weg von den

Einzelstunden, weg vom kurzen Wechsel von Mathe auf Deutsch auf Sport auf Geschichte. Stattdessen befürworten wir Projektarbeit und das Lernen in SchülerInnengruppen. Einen großen Teil der Lehrinhalte sollten die Schulen dabei frei wählen dürfen, das zuständige Ministerium liefert nur noch das Gerüst eines Lehrplans, statt der bisherigen Rahmen-Richtlinien

Um die Lust der SchülerInnen aufs Lernen zu erhalten, setzen wir auf fächerübergreifenden Unterricht, auf mehr entdeckendes Lernen in Projekten, auf Mitbestimmungs- und Wahlmöglichkeiten. Wir wollen **keine Selektion, sondern alle gemäß ihren Fähigkeiten fördernden Unterricht, keine Trennung von Religionen oder Weltanschauungen, sondern integrative Angebote**. Was die jungen Menschen in ihrem Alltag prägt, muss sehr viel stärker auch Eingang in den Unterricht finden.

Nicht nur PISA hat auch belegt, dass **mehr Selbstständigkeit und Verantwortung** der Schulen zu besseren Lernerfolgen führt. Deshalb wollen wir eine selbstständige Schule, auch in Personal- und Finanzfragen. Zu diesem Zweck sollen die Schulen mehr Verantwortung und mehr Rechte erhalten als dies heute der Fall ist. Voraussetzung ist eine ständige Überprüfung der vermittelten Lerninhalte, denn die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse muss gewahrt bleiben. Viele dieser Ideen werden schon heute von Schulen in freier Trägerschaft erfolgreich umgesetzt. Wir wollen deshalb diese Schulen in ihrer Existenz sichern.

Auch eine selbstständige Schule bleibt Land und Schulträger gegenüber in finanziellen Fragen jederzeit rechenschaftspflichtig. Damit einher geht die Verpflichtung zu einer systematischen Rechenschaftslegung sowohl hinsichtlich der Qualität von Lehren und Lernen als auch in Fragen des Einsatzes finanzieller und personeller Mittel. Die Garantie ausreichender Mittel für die selbstständige Schule ist eine zwingende Voraussetzung für ihr Gelingen und von der Landesregierung zu gewährleisten.

In der Schulbehörde ist durch Trennung von Aufsicht und Beratung die Schulaufsicht in ihrer Dienstleistungsfunktion zu stärken. Weil eine selbstständige Schule ein dezentrales und qualifiziertes Angebot zur Unterstützung braucht, wollen wir mit der Einrichtung von Regionalen Pädagogischen Zentren schulnahe Beratung und Fortbildung ermöglichen. Regionale und soziale Chancengleichheit ist auch dadurch sicher zu stellen, dass der Bereich des zweiten Bildungsweges ausgebaut wird.

## **Reform der Lehrerausbildung**

In einer modernen Lernkultur müssen der **einzelne Schüler und die einzelne Schülerin im Mittelpunkt des Lehrens und des Lernens** stehen. Viel mehr als heute üblich benötigen Lehrkräfte daher Kenntnisse über Diagnose und Förderung individueller Fähigkeiten ihrer SchülerInnen sowie über unterschiedlichste Unterrichtsmethoden. Insbesondere das Beurteilungsvermögen der Lehrkräfte muss durch entsprechende Angebote sowohl in der **Ausbildung als auch in der berufsbegleitenden Fortbildung** verbessert werden. Auch müssen sie wissenschaftliche Methoden erwerben, um die Wirksamkeit ihres Unterrichts überprüfen zu können. Eine **grundlegende Reform der LehrerInnenausbildung** ist notwendig, um den Lehrkräften diese Kompetenzen zu vermitteln. Die

**pädagogischen Anteile des Studiums sind zu diesem Zweck zu erhöhen**, vor allem bei der Ausbildung der LehrerInnen an weiterführenden Schulen. Schließlich muss die Erstausbildung stärker mit der Fort- und Weiterbildung verzahnt werden. Die Schulen sind zu verpflichten, ihren Fortbildungsbedarf zu ermitteln und die Verantwortung für die Weiterqualifikation ihrer Lehrkräfte zu übernehmen. Das Budget der selbstständigen Schulen hat diese Bedarfe zu berücksichtigen. Wir wollen überdies dafür sorgen, dass die Lehrkräfte stärker von Verwaltungsaufgaben freigestellt werden.

## **Länger gemeinsam lernen**

Schule muss den Kindern in jedem Fall Grundfertigkeiten wie Schreiben, Lesen und Rechnen vermitteln. Darüber hinaus wollen wir, dass SchülerInnen nicht nur abfragbares Wissen für Vergleichstests pauken, sondern neben Fähigkeiten zum Problemlösen auch **soziale Kompetenzen** erwerben und ihre **Persönlichkeit entwickeln**. Sie sollen in PartnerInnen- und Gruppenarbeit sich gegenseitig unterstützen und auch mit- und voneinander lernen. Den Kindern und Jugendlichen muss das Lernen erkennbaren Nutzen bringen. Ebenso soll die Umweltbildung von Anfang an, also bereits im Kindergarten und in allen folgenden Schulstufen, eine wichtige Rolle spielen und entsprechend vermittelt werden.

Wir setzen wir uns für **Eine Schule für Alle bis zur Klasse neun** ein. Mit ihr können die Probleme und Defizite dieser zu sehr auf Auslese ausgerichteten Schulform überwunden werden. Mit unserer Einen Schule für alle Kinder – die auf **individuelle Förderung in heterogenen Klassen** setzt, wird die Entscheidung über die Schullaufbahn und den letztendlichen Schulabschluss der Kinder lange offen gehalten und ein zu früher Auslesedruck vermieden.

Ausdrücklich geht es nicht darum, mit unserem Modell die Grundschulpädagogik schlicht verlängern. Vielmehr bietet das längere gemeinsame Lernen einen geeigneten Rahmen für die Heranführung an neue Themenfelder und Fachbereiche wie etwa Natur-, Umwelt- oder Gesellschaftswissenschaften. Für die schrittweise Einführung dieser neuen Schulform werden Schulneubauten kaum erforderlich sein. Im Gegenteil, mancherorts werden Grund- Regelschul- und bisherige Gymnasialstandorte nur dadurch – auch und gerade angesichts des demografischen Wandels - gesichert werden können. Der Grund hierfür liegt in der Entwicklung der Schülerzahlen, die nach aktuellem Stand in den nächsten zehn Jahren um rund zwanzig Prozent zurückgehen. Mit unserem Modell gilt deshalb auch weiterhin das Motto: Kurze Wege für kurze Beine!

## **Integratives Lernen aller Kinder (Behinderte und Nichtbehinderte)**

Die Sonderschulen für Lernhilfe und für Erziehungshilfe sind eine Besonderheit des deutschen Schulsystems. Die **schulische Aussonderung** dieser in ihrer Entwicklung beeinträchtigten Kinder, **erschwert ihre gesellschaftliche Integration**. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass in den Regelschulen eine sonderpädagogische Förderung erfolgt, die jedoch mit einer wesentlich verbesserten Personalausstattung durch Fachkräfte und kleinere Klassenstärken einhergehen muss. Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass in Deutschland nahezu ein Viertel

der Kinder und Jugendlichen in der Schule nicht einmal die sogenannten Mindestkompetenzen erwerben. Ein Großteil dieser Jugendlichen kommt aus sozial benachteiligten Familien oder aus Familien von ZuwanderInnen. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss schon im Kindergarten und im Grundschulalter eine intensive und zielgenaue Förderung ansetzen.

Eltern von körper- oder geistigbehinderten Kindern wollen wir künftig eine **Wahlfreiheit** einräumen, ob sie ihr Kind auf einer Sonderschule oder integrativ beschulen lassen wollen. Wir wissen, dass hieraus Mehrkosten für das Land entstehen. Integration ist aber nicht zum Nulltarif zu haben, und nach unserer Überzeugung lohnt es sich für die betroffenen Kinder wie für die Gesellschaft gleichermaßen, hier zu investieren. Unter dieser Maßgabe wollen wir auch die bisherigen **Sonderschulen zu Förderzentren** weiter entwickeln.

### **Ganze Tage – gute Schule – Schule als Lern- und Lebensort**

Im Unterschied zu anderen Staaten gibt es in Deutschland und auch in Thüringen kein zusammenhängendes Netz von Ganztagschulen. BildungsexpertInnen sehen auch hierin einen Grund für das schlechte Abschneiden bei schulischen Vergleichsuntersuchungen. Auch bietet eine Ganztagschule ihren SchülerInnen Lebensräume über bloßes Lernen hinaus, zudem Vertrauen und Verlässlichkeit.

Wir setzen uns dafür ein, auch in Thüringen ein **flächendeckendes Netz von Ganztagschulen** zu schaffen. In Krippen und Kindergärten sollten weiterhin ausreichend Ganztagsgruppen angeboten werden. Für die Schulen möchten wir erreichen, dass den Jugendlichen Frühstück und ein warmes Mittagessen, zusätzliche Freizeitaktivitäten, Übungszeiten, Arbeitshilfen, individuelle Förderungsmöglichkeiten, Beratungsangebote und ein sinnvoll über den Tag verteilter Unterricht angeboten werden. Die Arbeit der LehrerInnen ist dabei durch qualifizierte Menschen aus dem regionalen Umfeld der Schulen zu unterstützen. Wir glauben, dass auch MusikerInnen, AusländerInnen in ihrer Muttersprache, KünstlerInnen oder HandwerkerInnen einen Beitrag zu einem neugestalteten Lehrplan liefern können. Diese **„Öffnung“ der Schulen** bietet Kindern und Jugendlichen auch frühzeitig die Gelegenheit, Einblick in andere Lebenswirklichkeiten zu bekommen und erleichtert den späteren Übergang in den Arbeitsmarkt..

### **Mehr Teilhabe an Schulen**

Politische **Partizipation**, **Demokratieverständnis** und **gesellschaftliches Engagement** entstehen bei Jugendlichen nicht aus dem Nichts, sondern **müssen erlernt und erprobt werden**. Deshalb ist Kindern und Jugendlichen das Recht auf Selbstbestimmung ebenso zuzustehen wie "Erwachsenen". Wir fordern daher, dass Demokratie endlich auch an Schulen Einzug hält. Respektvoller Umgang miteinander muss die Arbeitsgrundlage dort sein, SchülerInnen sollten ihren Unterricht selbst mit planen und gestalten dürfen.

## **Berufsbildende Schulen**

Die **Berufsbildenden Schulen** in Thüringen wollen wir **zu regionalen Aus- und Weiterbildungszentren** ausbauen. Im Interesse der SchülerInnen ist ein **enger Kontakt zur örtlichen Wirtschaft** erforderlich, selbstverständlich ohne eine finanzielle Abhängigkeit der Schulen zu begründen. Die Schule kann hiervon aber profitieren, indem sie sich zusätzliche Einnahmequellen erschließt. Vorbild hierfür ist unser Nachbarland Dänemark, welches den Schulen viel größere Gestaltungsmöglichkeiten verschafft, und dessen Modell wir auch in Thüringen umsetzen möchten. Zusätzlicher Freiraum bedeutet aus unserer Sicht dabei auch, dass in verwandten Berufsbildern zumindest im ersten Ausbildungsjahr möglichst ein gemeinsamer Unterricht erfolgt, die Jugendlichen also nicht an andere Standorte verschickt werden. Die zunehmende Differenzierung in Fachklassen hat in den letzten Jahren v.a. im ländlichen Raum einen "Berufsschul-Tourismus" entstehen lassen, der aufgrund der teilweise überlangen Fahrtzeiten nachteilig sowohl für die Auszubildenden als auch für die Ausbildungsbetriebe ist.

**Ohne Ausbildung wird das ganze Leben sehr schwierig – Wir können es uns nicht leisten, eine große Zahl junger Menschen ohne Berufsausbildung ins Leben zu schicken**

### **Bildung schafft Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaft**

Bildung ermöglicht erst Innovation, Innovationen sind gerade in einem Land ohne Rohstoffe die Hauptquelle zur Schaffung von neuen und dauerhaften Arbeitsplätzen. Damit schafft Bildung nicht nur Arbeitsplätze, sondern ist auch ein Garant und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

### **Bildung eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am Erwerbsleben**

Eine gute Allgemein-, Schul-, Berufs- und Weiterbildung verbessert die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, der heute enorme Anforderungen an die Flexibilität der ArbeitnehmerInnen stellt. Damit ist neben der Ausbildung auch eine hohe Kompetenz bei der Gestaltung des eigenen Lebens gefordert.

### **Bildung eine Forderung der Wirtschaft**

Der krasse Gegensatz: Von nicht besetzten Stellen und einer hohen Zahl von Arbeitslosen ist neben dem Vermittlungsproblem, auch ein Problem der Ausbildung und Kompetenz der Arbeitssuchenden. Auch bei der Ansiedlung neuer Unternehmen ist die Frage: Ob am neuen Standort qualifizierte Fachkräfte vorhanden sind, ein wichtiger Entscheidungsgrund.

Noch immer bilden viel zu wenige Betriebe aus. Die schönen Zahlen, die die Arbeitgebervereinigungen zum Beginn des Ausbildungsjahres veröffentlicht haben, zeigen zwar, dass einige Betriebe zum ersten Mal oder nach einer Pause wieder ausbilden. Das ist erfreulich. Insgesamt ignorieren aber noch immer viel zu viele Betriebe die Tatsache, dass sie selbst, aber auch die Gesellschaft und der Wirtschaftsstandort Deutschland **mehr gut ausgebildete Menschen brauchen** als bisher.

**Es geht um die Jugendlichen und ihre Lebensperspektiven.** Bis zu einem Abschluss, der für einen Beruf fit macht, dürfen Jugendliche nicht allein gelassen werden. Es müssen in jedem Jahr **genügend qualifizierende Angebote** für die

Schulabgängerinnen und Schulabgänger und für diejenigen da sein, die in den letzten Jahren vergebens nach einer Ausbildung gesucht haben. Es darf nicht sein, dass mehr als 80.000 Jugendliche in jedem Jahr nach dem Schulabschluss einen Job ergreifen, der sie vielleicht kurzfristig ernährt, langfristig aber nicht sichert.

Es ist positiv, dass junge Menschen aus den Warteschleifen wieder auftauchen und sich um **Ausbildungsplätze bemühen**. Sie geben sich nicht auf, sondern setzen sich für ihre Zukunft ein. Dabei müssen sie noch viel stärker unterstützt werden. Sie dürfen auf keinen Fall als "AltbewerberInnen" abgestempelt und benachteiligt werden.

Für sie und für die SchulabgängerInnen gilt, dass es **mehr Ausbildungsplätze** geben muss. In diesem Jahr sind nur noch 48 % der Suchenden in einer betrieblichen Ausbildung angekommen. Hier ist die Wirtschaft gefordert. Auch wenn das Moratorium zum Ausbildungspakt erst im Sommer 2007 ausläuft, besteht dringender Handlungsbedarf. **Umlagesysteme** können zu einer gerechteren Lastenaufteilung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen beitragen. Sie können aber nicht kurzfristig die notwendige Zahl zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze schaffen.

Bund und Länder sind aufgerufen, den Jugendlichen Angebote zu machen, die ihnen wirklich weiterhelfen. Es geht nicht darum, die Jugendlichen nur "von der Straße" und aus der Statistik zu holen. Aus aneinander gereihten Warteschleifen müssen **Ketten von produktiven Lernschritten** werden. Alle Angebote müssen die Zukunftschancen der jungen Frauen und Männer verbessern. Es muss von Anfang an klar sein, wie und wozu ein Angebot qualifiziert. Zum Schluss muss den Jugendlichen darüber eine **Bescheinigung** ausgestellt werden. Das qualifiziert und motiviert.

Außerdem fordern wir, aus den diesjährigen Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit als einmalige Notmaßnahme ein **Programm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsplätze** aufzulegen.

### **Bessere Schulangebote auf dem Lande**

Laut PISA gibt es keine Gerechtigkeit im Zugang zu Bildungsmöglichkeiten. In Thüringen ist diese nicht nur abhängig von der sozialen Herkunft, sondern auch davon, ob man im ländlichen Raum oder in einem Ballungsraum lebt. So gehen **in dünner besiedelten Landkreisen weitaus weniger Kinder auf die häufig weit entfernten Gymnasien**, der Anteil von AbiturientInnen an einem Jahrgang ist folglich viel geringer als in den großstädtischen Verdichtungsräumen. Auch weisen die Schulen auf dem Lande oft eine nur unterdurchschnittliche Unterrichtsversorgung sowie eine hohe Fluktuation des Lehrpersonals auf.

### **Hochschulpolitik**

Wie wichtig es ist, durch verbesserte Schulangebote, vor allem im ländlichen Raum, mehr Jugendliche für das Abitur zu qualifizieren, zeigt der internationale Vergleich. So haben gegenüber anderen Industriestaaten in Deutschland überdurchschnittlich viele Menschen einen mittleren Bildungsabschluss, **HochschulabsolventInnen gibt**

**es hierzulande relativ wenige.** Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft und für den damit anstehenden Strukturwandel aber werden deutlich mehr gebraucht.

**Problematisch** jedoch sind die **Studienbedingungen** die junge Leute in Thüringen vorfinden: Überfüllte Hörsäle, unzureichend ausgestattete Bibliotheken und eine schlechte Studienorganisation der Hochschulen selbst sind weit häufiger der Grund für überlange Studienzeiten als die von Ministerpräsident Althaus behauptete Bummelei sogenannter LangzeitstudentInnen.

Dringend erforderlich ist zudem die **Ersetzung des starren Thüringer Hochschulpaktes durch einen fairen Vertrag**, der auch steigende Studierendenzahlen berücksichtigt und die Studentenwerke mit einbezieht.

Die Hochschulen sollen die Studierenden auch darauf vorbereiten, lebensbegleitend zu lernen und sich weiter zu bilden. In der Qualität der Lehre gibt es jedoch nach wie vor Defizite: Immer noch ist der **Stellenwert der Lehre für eine wissenschaftliche Karriere geringer als in der Forschung**. Wir halten es für notwendig, dies etwa durch eine stärkere Berücksichtigung bei Berufungs- und Qualifikationsverfahren schrittweise zu verbessern. So können WissenschaftlerInnen Anreize gegeben werden, ihre didaktischen Fähigkeiten auszubauen und der Vermittlung generell mehr Gewicht beizumessen. Frühzeitige Studienberatung und Evaluation unter Beteiligung von Lehrenden und Lernenden müssen zur selbstverständlichen Aufgabe an den Hochschulen werden.

Viele Jugendliche sind sehr viel stärker an einer **praxisbezogenen Ausbildung** an den Fachhochschulen interessiert als an einer Ausbildung an der Universität. Sie tragen sich deshalb nicht selten zunächst an einer Universität ein, wechseln dann aber, sobald ein Studienplatz an den überlasteten Fachhochschulen frei wird.

Bündnis 90 / Die Grünen wollen, dass Studierwilligen in Thüringen ein **gebührenfreies Erststudium** möglich bleibt. Eine Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Studierenden ist mit uns nicht zu machen. Die nunmehr beabsichtigte Verwaltungsgebühr sehen wir als ersten Einstieg in generelle Studiengebühren. Unter Erststudium zählen wir nicht nur den Bachelor, sondern auch den konsekutiven Master, Diplom und Promotion.

## **Das Recht auf Bildungsurlaub – ein Instrument zur Förderung lebenslangen Lernens**

Lernen beginnt mit der Geburt und findet während der gesamten Lebenszeit statt. Die stereotype Zuschreibung, dass junge Menschen ab einem gewissen Alter lernen, „Menschen in den besten Jahren“ arbeiten und ältere Menschen rasten, schränkt alle in ihren Möglichkeiten sinnlos ein. Das **Konzept des Lebenslangen Lernens** hebt diese Dreiteilung auf und ersetzt sie durch die Idee von **wiederkehrenden selbstbestimmten Lernphasen**. In einer Kultur des lebenslangen Lernens kann der beruflichen Weiterbildung beispielsweise endlich die Bedeutung zuerkannt werden, die sie in einer immer stärker auf Wissen basierenden Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hat. Mit einem Bildungsfreistellungsgesetz für Thüringen nehmen wir eine Tradition auf, die in Deutschland wie in etlichen anderen europäischen Ländern Tradition hat und zu guten Ergebnissen führt.

Bildungsurlaub ist das Recht auf befristete Freistellung von Erwerbstätigkeit zur Bildung unter Fortzahlung der Bezüge. Die Mehrzahl der ArbeitnehmerInnen in Deutschland hat dieses Recht, denn Bildungsurlaubsgesetze gibt es heute in allen Bundesländern außer Bayern, Sachsen und Thüringen.

Bündnis 90/Die Grünen Thüringen fordern, endlich ein **Bildungsfreistellungsgesetz für Thüringen** zu beschließen, welches allen ArbeitnehmerInnen 5 Tage im Jahr, die auch einzeln oder stundenweise in Anspruch genommen werden können, eine bezahlte Freistellung zur individuellen, politischen und/oder beruflichen Bildung ermöglicht.

Nur wer informiert ist, kann sich gemeinsam mit anderen Urteilskraft aneignen, kann mitreden und Einfluss nehmen. Wer sich mit der Gesellschaft, mit der Rolle der Menschen in der Arbeitswelt, mit Umweltschutz, Kulturen oder bspw. der Bekämpfung von Ausgrenzung beschäftigen will, braucht dafür auch Zeit und das nicht nur in Abendstunden oder an Wochenenden.